

Junge Union im Rems-Murr-Kreis: SPD hat Mitverantwortung für Aufstieg der AfD



Von [Nils Graefe](#)

Veröffentlicht: 04.03.2025 21:30

Rems-Murr-Kreis. Warum ist die AfD so stark geworden und haben CDU/CSU nicht 30 Prozent oder mehr erreicht? Aus welchen Gründen [gelang es der Partei Die Linke und der AfD diesmal, so viele Jungwähler/-innen zu mobilisieren](#)? Welche Folgen hatte die Wahlrechtsreform der vorzeitig zerbrochenen Ampelregierung? Wie können sich CDU und SPD nun einigen und eine stabile Regierungskoalition bilden? Nachlese zur Bundestagswahl 2025 mit Tom-Lukas Lambrecht und Fabian Zahlenecker von der Jungen Union im Rems-Murr-Kreis.

Mobilisierung über Soziale Medien

2021 wählten die jungen Wähler/-innen noch vor allem FDP und Grüne, jetzt am 23. Februar 2025 aber Die Linke und AfD. "Das zeigt, dass bei den jungen Menschen die Parteibindung noch nicht so fest ist wie bei älteren", sagt Tom-Lukas Lambrecht. Zum anderen [bekämen die Jungen vor allem über die Sozialen Medien, zu vordererst über TikTok, mit Politik in Kontakt](#). "2021 war da die FDP noch gut vertreten. Dann immer mehr die AfD, und zuletzt hat auch Die Linke es verstanden, stark zu mobilisieren, mit Themen wie Wohnungsnot, die junge Menschen direkt betreffen."

Die CDU/CSU hätten zwar die Wahl gewonnen und nun den Regierungsauftrag. "Mindestens 30 Prozent hätten es aber schon sein müssen, angesichts des Scheiterns der Ampelregierung", ergänzt Fabian Zahlenecker. "Wir als Junge Union können also nicht ganz zufrieden sein und müssen uns auch an die eigene Nase fassen. Wir müssen uns mehr bei den jungen Leuten bekannt machen und im Gespräch halten, auch in den Sozialen Medien, weil die Entscheidung für eine Partei sich ganz offensichtlich in jüngeren Altersschichten von Wahl zu Wahl ändern kann."

"Es genügt nicht, lustig sein zu wollen"

Freilich blieben aber auch Fragen offen bezüglich des in China programmierten Algorithmus von TikTok, der allem Anschein nach AfD-Beiträge bevorzugt ausspielt und so zur "Demokratie-Destabilisierung" beiträgt, sagt Zahlenecker. Alle Parteien der Mitte müssten zudem besser werden, was Social Media angeht. "Es genügt nicht, lustig und witzig sein zu wollen. Authentizität ist wichtig", sagt Lambrecht. "Da können wir als CDU noch besser werden."

Wahlkreise ohne Direktabgeordnete der JU

Obwohl in Wahlergebnis-Landschaftsgrafiken ([zum Beispiel des ZDF](#)) so gut wie alle Wahlkreise Westdeutschlands und auch Baden-Württembergs schwarz gefärbt sind, weil die CDU/CSU dort

gewonnen hat – außer der grünen Wahlkreise Stuttgart I, Karlsruhe-Stadt und Freiburg, so habe die Wahlrechtsreform der Ampelregierung doch zu einigen negativen Verwerfungen zulasten der Jungen Union und einiger Wahlkreisvertretungen geführt, erläutert Tom-Lukas Lambrecht.



[ZVW+](#) Rems-Murr-Kreis

Waiblinger Politik-Wunder: Luigi Pantisano, von der Hauptschule in den Bundestag

"Die Junge Union musste gerade in Baden-Württemberg schmerzliche Verluste hinnehmen." Wahlkreise wie Tübingen, Heidelberg, Mannheim, Stuttgart II, Rhein-Neckar, Lörrach-Müllheim sind aufgrund der Ampel-Reform nicht per Direktmandat in Berlin vertreten, [berichtete zum Beispiel der SWR](#). "Und die dortigen CDU-Kandidaten und Kandidatinnen, die den Erststimmensieg errungen haben, aber trotzdem nicht in den Bundestag kommen, sind alle von der JU."

Abnehmende Bürgernähe im vorpolitischen Raum

Er finde es aber auch grundsätzlich fatal, dass Flächenwahlkreise wie Tübingen keinen direkt gewählten Bundestagsabgeordneten mehr haben, sagt Lambrecht. Abgeordnete, die nur über Landeslisten in den Bundestag kommen, hätten nicht so eine enge Beziehung zu einem Wahlkreis "wie beispielsweise Christina Stumpp und Dr. Inge Gräßle im Rems-Murr-Kreis". Diese Bürgernähe sei aber nötig, um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort zu kennen und in Berlin anzusprechen, sagt Lambrecht. Es drohe nun eine Verwaisung und mangelnde politische Bildung dieses "vorpolitischen Raumes" in Wahlkreisen ohne Direktmandate.

Kluft zwischen Stadt und Land

Auch könnte so die Kluft zwischen akademisch-linksliberaler Stadt und konservativem Land wachsen – [nicht von ungefähr tickt etwa der Welzheimer Wald anders](#). Politik werde von vielen auf dem Land immer mehr als über ihre Köpfe hinweg wahrgenommen, nach dem Motto, die in Berlin oder Stuttgart entscheiden, ohne Ahnung zu haben. So entstehe auch der Eindruck, dass sich "der Staat" nicht kümmert. Und wenn er sich kümmere, dann um das Falsche, das wiederum mit Eingriffen in Freiheiten einhergehe, sagt Zahlenecker.

"Da sehe ich auch die SPD und die Ampelparteien in der Mitverantwortung. Beispiel Deutschlandticket. Das bringt den Menschen in den urbanen Zentren etwas, denen auf dem Land

nicht, wenn sie noch nicht mal eine gescheite ÖPNV-Anbindung haben", sagt Zahlenecker. Man sehe zudem, wie gut die AfD den vorpolitischen Raum in Ostdeutschland dauerbespielt. "Die Wahlkreisabgeordneten sind dort fast auf jedem Wochenmarkt mit einem Stand vertreten."

"Reform der Wahlrechtsreform der Ampel vonnöten"

Zahlenecker und Lambrecht sind sich aus all diesen Gründen einig, dass man die Wahlrechtsreform erneut reformieren müsse, zum Beispiel durch die Schaffung größerer Wahlkreise, denn weiter wachsen solle der Bundestag von der Abgeordnetenzahl wiederum auch nicht.

Warum ist die AfD so stark geworden?

"Wir von der CDU werden immer gefragt, warum die AfD so stark geworden ist", sagt Zahlenecker. Er finde aber, dass sich das alle Parteien fragen sollten, [schließlich habe auch die SPD stark an die AfD verloren, sogar in Arbeiterhochburgen wie Gelsenkirchen](#). Es sei nun Aufgabe aller Parteien der demokratischen Mitte mit guter Politik dagegen vorzugehen. "Das ist die letzte Chance. Diese Legislatur muss sitzen."

Wo Einigungspotenziale mit der SPD zu finden sind

Die neue Regierungskoalition aus CDU und SPD müsse stabil sein und liefern, findet auch Lambrecht. "An Wahlkampfständen wurde uns häufig gesagt, wir geben jetzt einmal noch der CDU die Stimme, aber ihr müsst die Probleme jetzt lösen." So habe er auch die Hoffnung und Erwartung, dass die Sondierungsgespräche mit der SPD schnell klappen. "Gerade angesichts der Themen innere und äußere Sicherheit, Migration, Landesverteidigung und weltpolitische Lage wird man sich schon einigen können. Die Menschen wollen Stabilität und eine gute Regierung", sagt Zahlenecker.

Was Führungsstärke angeht, habe die CDU mit einem Kanzler Merz genau den Richtigen. Und was die Wirtschaft angehe, bringe die CDU die größere Kompetenz mit ein. Der Industriestandort müsse wieder stabilisiert, Arbeitsplätze müssten dadurch gesichert werden, zum Beispiel durch Steuer-Erleichterungen und Bürokratieabbau.

"Im sozialen Bereich werden wir wohl auf die SPD zugehen müssen", so Zahlenecker. Ein Mindestlohn von 15 Euro wäre okay, wenn die Mindestlohnkommission zu dieser Auffassung käme. "Er sollte aber nicht von einer Regierung vorgeschrieben werden." Auch in puncto Reform der Schuldenbremse und/oder Sondervermögen für Wehr- und Infrastruktur-Ausgaben in Höhe mehreren Hundert Milliarden Euro sehe die JU gute Einigungsmöglichkeiten im Rahmen von Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

JU pocht auf Wiedereinführung der Wehrpflicht

"Wir wollen unbedingt die Wehrpflicht wieder einführen, wenn es sein muss, gerne auch wählbar im Rahmen eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstjahres für Mann und Frau. Wir wollen die Bundeswehr ertüchtigen und die Lastenverteilung im Nato-Bündnis regeln und robust aufstellen", sagt Zahlenecker. Es sei wichtig, dass sich jede/r einbringe und dass die Identifikation "mit dem Land" wieder gestärkt werde. "Darauf wollen wir als JU pochen."

Wo sind Zukunftseuphorie und Zuversicht geblieben?

Insgesamt müsse es die Politik wieder schaffen, Euphorie und Zuversicht zu schaffen. "Wir sehen, dass gerade junge Menschen diese Zuversicht verloren haben", sagt Lambrecht. "Wir müssen wieder Lust auf die Zukunft haben, die uns eine Regierung vermitteln kann, die Probleme löst, anpackt und stabil ist."